



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Bern, XX.XX.2013

---

# **Kooperationsabkommen mit der Europäischen Union zur Teilnahme der Schweiz an den europäischen Satellitennavigationsprogrammen (Galileo und EGNOS)**

Vernehmlassung

Ergebnisbericht

---

## Eingegangene Rückmeldungen

### 1. Kantone

Abkürzung	Absender
KdK	Konferenz der Kantonsregierungen
AG	Kanton Aargau
AR	Kanton Appenzell Ausserrhoden
AI	Kanton Appenzell Innerrhoden
BL	Kanton Basel-Landschaft
BS	Kanton Basel-Stadt (Verzicht auf Stellungnahme)
BE	Kanton Bern (Stellungnahme im Rahmen der Konferenz der Kantonsregierungen, KdK)
FR	Kanton Freiburg (Stellungnahme im Rahmen der Konferenz der Kantonsregierungen, KdK)
GE	Kanton Genf
GL	Kanton Glarus (Verzicht auf Stellungnahme)
JU	Kanton Jura (Stellungnahme im Rahmen der Konferenz der Kantonsregierungen, KdK)
NE	Kanton Neuenburg
OW	Kanton Obwalden
SH	Kanton Schaffhausen (Stellungnahme im Rahmen der Konferenz der Kantonsregierungen, KdK)
SO	Kanton Solothurn (Verzicht auf Stellungnahme)
SG	Kanton St. Gallen (Stellungnahme im Rahmen der Konferenz der Kantonsregierungen, KdK)
TI	Kanton Tessin
TG	Kanton Thurgau (Stellungnahme im Rahmen der Konferenz der Kantonsregierungen, KdK)
UR	Kanton Uri
VD	Kanton Waadt
VS	Kanton Wallis

### 2. Parteien

Abkürzung	Absender
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei
FDP	FDP.Die Liberalen
SVP	Schweizerische Volkspartei
SP	Sozialdemokratische Partei der Schweiz

**3. Übrige**

<b>Abkürzung</b>	<b>Absender</b>
	economiesuisse
SAGV	Schweizerischer Arbeitgeberverband (Verzicht auf Stellungnahme)
	Schweizerischer Gemeindeverband
	Schweizerischer Städteverband (Verzicht auf Stellungnahme)
CP	Centre Patronal
IGS	Ingenieur-Geometer Schweiz
KKVA	Konferenz der kantonalen Vermessungsämter
SBV	Schweizerischer Bauernverband
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
sgv	Schweizerischer Gewerbeverband

## Zusammenfassung

Der Bundesrat hat das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) beauftragt eine Vernehmlassung zum Kooperationsabkommen zur Teilnahme der Schweiz an den GNSS Programmen (Galileo und EGNOS) durchzuführen. Diese wurde mit Beschluss vom 14. August 2013 eröffnet. Die Vernehmlassungsfrist endete am 14. Oktober 2013.

Im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens sind insgesamt 35 Rückmeldungen eingegangen. Dabei wurde in 5 auf eine materielle Stellungnahme verzichtet. 27 Vernehmlassungsteilnehmer befürworten das Kooperationsabkommen, 3 Eingaben waren ablehnend.

Die KdK und die sich äussernden Kantone unterstützen die Teilnahme der Schweiz an den GNSS Programmen. Sie halten fest, dass insbesondere der öffentlich regulierte Dienst (PRS) dem Bevölkerungsschutz zur Erfüllung seiner Aufgaben dienen kann, und wünschen, dass zum zusätzlich abzuschliessenden Abkommen, welches für den Zugang zum PRS notwendig sein wird, erneut eine Vernehmlassung durchgeführt wird. Ferner haben sie zur Kenntnis genommen, dass den Kantonen durch die Teilnahme an den GNSS Programmen keine Kosten entstehen. Wenig Verständnis wird allgemein der Tatsache eingeräumt, dass das Vernehmlassungsverfahren von drei auf zwei Monate gekürzt wurde.

Seitens der politischen Parteien sind vier Stellungnahmen eingegangen. CVP, FDP und SP stimmen dem Kooperationsabkommen zu. Sie sehen darin Vorteile für den Forschungs- und Industriestandort Schweiz. CVP und FDP begrüssen, dass die Finanzierung der Schweizer Beteiligung haushaltsneutral erfolgen soll, und dass die Beiträge ab 2014 von den verschiedenen Departementen kompensiert werden müssen. Die SVP lehnt das Kooperationsabkommen ab. Sie nennt neben europapolitischen Gründen insbesondere sicherheitspolitische bzw. neutralitätspolitische Gründe. Auch äussert sie sich kritisch über den allfälligen Nutzen von Galileo für die Industrie.

Die sich im Rahmen des Verfahrens äussernden Verbände, Konferenzen und Gewerkschaften begrüssen das ausgehandelte Abkommen grossmehrheitlich. Sie sehen darin unter anderem grosse Chancen für den Forschungs- und Industriestandort Schweiz. Der betroffene Fachverband IGS, bzw. die KKVA sind an einem möglichst freien Zugang zu den angebotenen Diensten interessiert. Der SGB stimmt dem Abkommen zu, ist jedoch mit der vom Bundesrat gewählten haushaltsneutralen Finanzierung nicht einverstanden. Der SBV lehnt das Abkommen ab, falls dieses zu einer Kürzung des Agrarkredits führen sollte und nicht über die allgemeine Kasse des Bundes finanziert werden kann. Eine grundsätzlich ablehnende Haltung zum Abkommen nimmt der sgv ein. Auch er hat insbesondere sicherheitspolitische bzw. neutralitätspolitische Bedenken und äussert sie sich kritisch über den allfälligen Nutzen von Galileo für die Industrie.

# 1. Einleitung

Die europäischen Satellitennavigationsprogramme Galileo und EGNOS<sup>1</sup> (nachfolgend: GNSS Programme<sup>2</sup>) wurden Mitte der 1990er Jahre von der Europäischen Union (EU) und der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) gemeinsam lanciert. Seit 2008 liegt die Gesamtverantwortung bei der EU. Am 13. März 2009 hat der Bundesrat das Verhandlungsmandat zur Teilnahme der Schweiz an den GNSS Programmen verabschiedet. Nach sechs Verhandlungsrunden mit der EU konnte der Entwurf des Kooperationsabkommens im März 2013 paraphiert werden.

Galileo ist ein satellitengestütztes Navigationssystem, welches aus 30 Satelliten und spezifischen Bodenstationen besteht. Galileo wird fünf verschiedene Dienste anbieten, ein frei zugängliches Signal (*Open Service*), einen *Commercial Service* für Marktanwendungen, Anwendungen im Sicherheitsbereich (*Safety of Life Service* und *Search and Rescue Service*) und einen *Public Regulated Service (PRS)* für sensible Anwendungen für staatlich autorisierte Nutzer. Bis 2015 dürften 18 der 30 Satelliten im Orbit sein und einen präoperationellen Betrieb für einige der Dienste ermöglichen. Der Endausbau mit 30 Satelliten dürfte ab 2019/2020 erreicht sein.

EGNOS ist ein regionales System, welches Signale von globalen Satellitenkonstellationen hinsichtlich ihrer Genauigkeit und Zuverlässigkeit verbessert. EGNOS ist seit März 2011 in Betrieb.

Der Bundesrat hat das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) beauftragt eine Vernehmlassung zum Kooperationsabkommen durchzuführen. Diese wurde mit Beschluss vom 14. August 2013 eröffnet. Die Vernehmlassungsfrist endete am 14. Oktober 2013.

Ziel des vorliegenden Berichts ist die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens darzulegen.

## 2. Ergebnisse

### 2.1. Bemerkungen der Kantone (inklusive Konferenz der Kantonsregierungen, KdK)

Die KdK teilt die vom Bundesrat vertretene Auffassung, wonach die Schweiz mit dem Kooperationsabkommen ihre Chancen wahr, am grossen Potential der GNSS Programme optimal zu partizipieren. Dementsprechend unterstützt die KdK die Teilnahme der Schweiz und unterstreicht den wichtigen Beitrag zur Sicherung der Schweizer Weltrauminteressen, insbesondere der globalen Satellitennavigation. Nur über das Kooperationsabkommen bestehe die Möglichkeit zur Einsitznahme in die relevanten Gremien. Desweiteren begrüsst die KdK die positiven Auswirkungen des Kooperationsabkommens auf die Kantone. Insbesondere wird auf die vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten der GNSS Programme hingewiesen.

Aufgrund der Tatsache, dass der öffentlich regulierte Dienst (PRS) erst Gegenstand späterer Verhandlungen sein wird, und zu einem separaten Abkommen zwischen der EU und der Schweiz führen wird, erwartet die KdK im Rahmen einer neuen Vernehmlassung erneut konsultiert zu werden. Die KdK teilt die Meinung, dass speziell der PRS dem Bevölkerungsschutz (Polizei und Rettungsdienste) zur Erfüllung seiner Aufgaben dienen kann. Die KdK geht davon aus, dass sie rechtzeitig in die künftigen Verhandlungen über den PRS einbezogen und somit vollständig über die Auswirkungen in Kenntnis gesetzt wird, welche dieser neue gesicherte Dienst für sie haben wird.

<sup>1</sup> EGNOS: European Geostationary Navigation Overlay Service.

<sup>2</sup> GNSS: Global Navigation Satellite Systems.

Die KdK hat schliesslich zur Kenntnis genommen, dass die Kantone durch den Abschluss des Kooperationsabkommens keine finanzielle Auswirkungen zu gewärtigen haben und die finanzielle Beteiligung der Schweiz an den GNSS Programmen ausschliesslich durch den Bund bestritten wird.

Schliesslich hat die KdK wenig Verständnis für die Tatsache, dass gestützt auf vom Bund als dringend eingestufte Gründe (finanzieller Beitrag der Schweiz für 2013 erfordere eine Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung des Kooperationsabkommens noch vor Ende 2013) die Vernehmlassungsfrist von 3 Monaten auf 8 Wochen verkürzt worden ist. Insbesondere wird moniert, dass die seit der Paraphierung des Abkommensentwurfs am 12. März eingetretenen Verzögerungen aus Sicht der KdK keine hinreichende Begründung für eine Verkürzung der Vernehmlassungsfrist auf 8 Wochen sei.

Seitens der Kantone sind 19 Rückmeldungen eingegangen.<sup>3</sup> 5 Kantone schliessen sich explizit der Stellungnahme der KdK an.<sup>4</sup> Die in den Stellungnahmen der übrigen Kantone aufgeführten Argumente decken sich mit denen der KdK. Vereinzelt wird jedoch zusätzlich auf die Tatsache hingewiesen, dass die durch Galileo entstehende Unabhängigkeit vom amerikanischen GPS-Signal begrüsst wird.

## **2.2. Bemerkungen der Parteien**

### **2.2.1. Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)**

Die CVP stimmt dem Kooperationsabkommen mit der Europäischen Union zur Teilnahme der Schweiz an den GNSS Programmen zu.

Das Satellitennavigationssystem Galileo hat für die CVP eine wichtige technologische, wirtschaftliche und strategische Bedeutung und wird als wichtiges Abkommen für den Forschungs- und Industriestandort Schweiz gesehen. Die Abhängigkeit zahlreicher Wirtschaftsaktivitäten von der Satellitennavigation unterstreiche, wie wichtig es für die Schweiz und die EU sei, über ein ziviles Navigationssystem (Galileo) zu verfügen, welches das bestehende amerikanische - militärische - System (GPS) ergänzen würde.

Die CVP begrüsst, dass die Finanzierung der Schweizer Beteiligung an den GNSS Programmen haushaltsneutral erfolgen soll, sowie dass die ab 2014 entstehenden jährlichen Kosten intern kompensiert werden sollen.

Die CVP will den Bundesrat dazu auffordern, den Zugang zur „Agentur für das Europäische GNSS (GSA)“ und zum Public Regulated Service (PRS) weiterzuverfolgen und sieht im PRS insbesondere eine grosse Bedeutung für den Bevölkerungsschutz.

### **2.2.2. FDP.Die Liberalen (FDP)**

Die FDP nimmt zustimmend vom Kooperationsabkommen mit der Europäischen Union zur Teilnahme der Schweiz an den GNSS Programmen Kenntnis und stimmt dem vorliegenden Gesetzesentwurf zu.

Im Hinblick auf die langfristig ausgerichtete Zusammenarbeit im Rahmen der GNSS Programme ist für die FDP der erfolgreich ausgehandelte, gleichberechtigte Zugang der Schweizer Industrie zu Beschaffungsausschreibungen eine wichtige Voraussetzung für das vorliegende Abkommen. Das Abkommen und die Einsitznahme in den relevanten Gremien sichere den bestmöglichen Zugang für den Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz. Begrüsst wird ebenfalls die grössere Unabhängigkeit vom militärisch kontrollierten amerikanischen GPS.

Die FDP begrüsst, dass die Finanzierung der Schweizer Beteiligung haushaltsneutral und die Kompensation über die verschiedenen Departemente erfolgt, hätte sich jedoch mehr Details und Informationen über die Art und Weise der Einsparungen im erläuternden Bericht gewünscht.

<sup>3</sup> wobei BS, GL und SO auf eine materielle Stellungnahme verzichtet haben.

<sup>4</sup> BE, FR, SG, SH, TG.

Bezüglich der Teilnahme der Schweiz an GSA und PRS bedauert die FDP, dass diese noch nicht endgültig geregelt werden konnten und legt Wert auf die Feststellung, dass dies ohne zusätzliche Kosten an die Hand genommen und geregelt wird, wenn auf EU-Seite die diesbezüglich notwendigen Durchführungsbestimmungen definiert wurden.

### **2.2.3. Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP)**

Die SP begrüsst das Kooperationsabkommen mit der Europäischen Union zur Teilnahme der Schweiz an den GNSS Programmen.

Für die SP ist positiv, dass die EU und die Europäische Weltraumorganisation (ESA) mit Galileo ein ziviles Satellitennavigationssystem errichten, das im Vergleich zum aktuellen Monopol – dem US-amerikanischen Global Positioning System (GPS) – eine zuverlässigere und präzisere Satellitennavigation gewährleistet. Damit werde der faktischen Abhängigkeit europäischer Benutzer von dem durch das US-Militär kontrollierten GPS ein Ende gesetzt, was die SP ausdrücklich begrüsst.

Für die SP wird die Unabhängigkeit Europas vom GPS noch dadurch erhöht, dass Galileo auf Beschluss des Europäischen Parlamentes von 2008 einen öffentlich regulierten Dienst (PRS) enthalten wird. Dieser geschützte Dienst biete bestimmten Nutzern wie z. B. der Polizei, Rettungsdiensten oder Friedenstruppen, die ein hohes Mass an Signalgenauigkeit und -kontinuität benötigen, Informationen zu Position und Zeit. Dies sei ein wichtiger Schritt in Richtung einer wünschbaren vertieften sicherheitspolitischen Kooperation der Schweiz mit der EU. Schliesslich stünden auch technologische und industrielle Interessen auf dem Spiel. Mit dem Abkommen stelle die Schweiz sicher, dass sie auch künftig in das Projekt einbezogen bleibe und die bisherige erfolgreiche Beteiligung an Galileo im Rahmen der ESA könne damit im Interesse des Technologie- und Industriestandorts Schweiz weitergeführt werden. Die SP begrüsst die Tatsache, dass aufgrund fehlender privater Investoren, die öffentliche Hand seit 2008 die Gesamtkosten allein getragen und gleichzeitig die Gesamtverantwortung übernommen hat, und den damit gestiegenen Einfluss der öffentlichen Hand.

### **2.2.4. Schweizerische Volkspartei (SVP)**

Die SVP lehnt das Kooperationsabkommen mit der Europäischen Union zur Teilnahme der Schweiz an den GNSS Programmen ab.

Für die SVP gelten die GNSS Programme als Prestigeobjekt der EU, welche sich spätestens seit der vollständigen Übergabe des Galileo Programms an die EU im 2008 durch erhöhte Bürokratie, industriepolitische Konkurrenzkämpfe und dadurch entstandene Verzögerungen und Verteuerungen auszeichnen würden.

Das Projekt habe ungefähr 10 Jahre Verspätung, die Investitionskosten hätten sich verdoppelt, die Betriebskosten würden wahrscheinlich verdreifacht und die erhofften direkten Einnahmen dürften sich halbieren.

Die ursprüngliche Projektplanung habe vorgesehen, die Errichtung des Systems im Sinne eines „Public-Private-Partnership (PPP)“ zu zwei Dritteln durch eine Gruppe von Privatunternehmen zu finanzieren. Allerdings seien diese Verhandlungen gescheitert und die EU habe daraufhin beschlossen, die Errichtung des System gänzlich mit Gemeinschaftsmitteln zu finanzieren. Daher erstaune es nicht, dass auf Seiten der Wirtschaft und der Industrie eine Skepsis gegenüber dem nun vorliegenden Projekt herrsche und sich die Nutzungsintensität auf staatliche Aktivitäten verschoben habe.

Die SVP sieht im dereinst angebotenen PRS eine militärische Komponente. Dieser beinhalte zusätzlich, auch wenn verharmlosend „sensible Anwendungen für staatlich autorisierte Nutzer“ zugegeben werden, polizeiliche und nachrichtendienstliche Nutzermodi. Sicherheitspolitische und vor allem auch „aussensicherheitspolitische“ Anwendungen seien inzwischen politisch geforderte Optionen im Galileo Programm. Für die SVP ist eine Teilnahme der Schweiz an einem sicherheits- und militärpolitischen Rüstungsprogramm aus neutralitätspolitischen Überlegungen strikte abzulehnen.

Die SVP äussert sich auch kritisch über den allfälligen Nutzen von Galileo für die Industrie: Für die Wirtschaft und Forschung, aber auch für staatliche Akteure wichtige Anwendungen könnten über die offenen und kommerziellen Dienste von Galileo bezogen werden und vom Wettbewerb zwischen den verschiedenen global zur Verfügung stehenden Satellitennavigationssystemen profitieren, ohne staatspolitisch an eines gebunden zu sein. Der industrielle Nutzen eines solchen Staatsvertrages werde dadurch relativiert, dass andere Staatsverträge mit der EU und gewisse WTO Regelungen die öffentliche Ausschreibung von staatlichen Aufträgen garantieren würden. Diesem nur scheinbar hohen Nutzen für die Wirtschaft stünden Kosten für die Jahre 2008-2020 von rund 338 Millionen Schweizer Franken gegenüber. Letztendlich ist für die SVP dieses Projekt aus Sicht der EU in erster Linie ein integrationspolitisches Vorhaben. Durch die Übernahme des Galileo Programms durch die EU habe das Projekt eine politische und geopolitische Note bekommen, welche nicht zu unterstützen sei. Eine unilaterale und etatistische Anbindung und Abhängigkeit an dieses EU Prestigeprojekt sei aus neutralitätspolitischen, ordnungspolitischen, finanziellen und aussenwirtschaftspolitischen Gründen abzulehnen.

## **2.3. Bemerkungen von Verbänden und Vereinen**

### **2.3.1. Centre Patronal (CP)**

Das CP hat keine grundsätzlichen Einwände gegen eine Schweizer Beteiligung an den europäischen Satellitennavigationsprogrammen. Die Schweiz beteilige sich seit Beginn des Programms als engagiertester Drittstaat überhaupt am Abenteuer Galileo, sei es in ihrer Eigenschaft als Mitglied der Europäischen Weltraumorganisation ESA oder im Rahmen der informellen Mitwirkung in den Gouvernanzstrukturen der Programme. Das CP erinnert zudem daran, dass es namentlich eine Schweizer Firma (SpectraTime) war, welche die berühmten Atomuhren für die Satelliten geliefert hat. Die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU bei Galileo und EGNOS wird nach Auffassung des CP durch das Kooperationsabkommen formalisiert. Das CP weist darauf hin, dass dieses internationale Abkommen Gegenstand von Verhandlungen mit der EU war und es zweifelsohne schwierig sein dürfte, zum jetzigen Zeitpunkt noch materielle Änderungen vorzunehmen.

Das CP beurteilt den Abkommenstext als ausgewogen. Er erlaube es der Schweiz, ohne Einschränkung an den europäischen GNSS Programmen teilzunehmen und ihre Position als Forschungsstandort zu stärken, da die Vertragsparteien gemeinsame Aktivitäten im Bereich der Forschung und Bildung fördern. Nach Auffassung des CP ist jedoch darauf zu achten, dass die Vereinbarungen zum PRS-Zugang und zur Teilnahme an der GSA innert kurzer Frist abgeschlossen werden. Parallel dazu erachtet das CP es als notwendig, einen Mechanismus für die Übernahme technischer Vorschriften vorzusehen, damit es zu keinen Sicherheitslücken beim PRS kommt und sich die Schweiz den permanenten Zugang zum PRS sichern kann.

### **2.3.2. Economiesuisse**

Der Verband Economiesuisse begrüsst das ausgehandelte Kooperationsabkommen. Er sieht durch die Partizipation an den GNSS Programmen Chancen für den Forschungs- und Industriestandort Schweiz und dank dem gleichberechtigten Zugang im Beschaffungswesen von Gütern und Dienstleistungen erhöhte Absatzchancen für die Schweizer Raumfahrtsindustrie. Bezüglich der Finanzierung des Schweizer Beitrags an den GNSS Programmen hält economiesuisse fest, dass diese in einem vernünftigen Verhältnis zum beschriebenen Nutzen stehe. Die haushaltsneutrale Finanzierung wird begrüsst.

Der Verband economiesuisse sieht in der Unterzeichnung des Kooperationsabkommens ein positives Zeichen für die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU und begrüsst zudem den Aufbau eines auf einer zivilen Trägerschaft basierenden Satellitennavigationssystems und die damit schwindende Abhängigkeit vom militärisch kontrollierten amerikanischen GPS.



### 2.3.3. Verband Ingenieur-Geometer Schweiz (IGS)

Für die IGS sind Galileo und EGNOS sehr wichtige Projekte und das Kooperationsabkommen mit der EU zur Teilnahme der Schweiz an den GNSS Programmen von Bedeutung. Die IGS stellt fest, dass insbesondere für die Vermessung ein freier Zugang zu den Signalen von entscheidender Bedeutung ist. Damit verringere sich für die Anwender die Abhängigkeit von bestehenden GPS-Systemen.

### 2.3.4. Konferenz der Kantonalen Vermessungsämter (KKVA)

Die KKVA mit ihrem primären Fachgebiet „amtliche Vermessung“ ist sehr interessiert an einem möglichst freien Zugang zu den im Kooperationsabkommen angesprochenen Diensten. Die KKVA unterstützt den vorliegenden Abkommensentwurf.

### 2.3.5. Schweizerischer Bauernverband (SBV)

Für den SBV sind die Schweizer Gesellschaft als Ganzes sowie Teile der Wirtschaft, insbesondere im Bereich des Flugverkehrs und der Sicherheit die Nutzniesser der GNSS Programme. Die vorgesehene Finanzierung, unter anderem über die Kürzung des Agrarkredits sei daher ungerechtfertigt. Der SBV lehnt deshalb jegliche Finanzierung auf Kosten des Agrarbudgets klar ab und lehnt das Kooperationsabkommen, falls dieses nicht über die allgemeine Kasse des Bundes finanziert werden kann, ab.

### 2.3.6. Schweizerischer Gewerbeverband (sgv)

Der sgv zeigt sich gegenüber dem vorliegenden Kooperationsabkommen mit der Europäischen Union sehr kritisch. Dies insbesondere aus den folgenden Gründen:

- Es handle sich um eine weitere unilaterale Anlehnung an die EU;
- Ein Zugang zu den Satellitennavigationsdienstleistungen wäre auch durch den Zukauf von Dienstleistungen im globalen Markt realisierbar gewesen, ohne dass daraus eine (auch nachrichtendienstliche und militärische) Abhängigkeit von der EU entstünde;
- Mit ihrer Beteiligung finanziere die Schweiz indirekt die Industriepolitik diverse europäischer Länder, ohne dass ihr oder den Schweizer Unternehmen zusätzlicher Nutzen entstünde;
- Das Projekt weise eine militärische Komponente auf, die Schweiz würde damit zu einem Teil einer militärischen Kooperation;
- Die voraussichtliche finanzielle Beteiligung der Schweiz von rund 340 Millionen Franken stünden weder im Verhältnis zum Nutzen noch sei sie darauf beschränkt. Der sgv geht davon aus, dass die Mittel höher ausfallen könnten und es wahrscheinlich auch würden.

Für den sgv gelten die GNSS Programme als Prestigeobjekt der EU, welche sich spätestens seit der vollständigen Übergabe des Galileo Programms an die EU im 2008 durch erhöhte Bürokratie, industriepolitische Konkurrenzkämpfe und dadurch entstandene Verzögerungen und Verteuerungen auszeichnen.

Das Projekt habe ungefähr 10 Jahre Verspätung, die Investitionskosten hätten sich verdoppelt, die Betriebskosten würden wahrscheinlich verdreifacht, die erhofften direkten Einnahmen dürften sich halbieren und die erhofften Einnahmen würden halb so hoch ausfallen, wie vorangeschlagen.

Die ursprüngliche Projektplanung habe vorgesehen, die Errichtung des Systems im Sinne eines „Public-Private-Partnership (PPP)“ zu zwei Dritteln durch eine Gruppe von Privatunternehmen zu finanzieren. Allerdings seien diese Verhandlungen gescheitert und die EU habe daraufhin beschlossen, die Errichtung des System gänzlich mit Gemeinschaftsmitteln zu finanzieren. Daher erstaune es nicht, dass selbst auf Seiten der europäischen Wirtschaft und der Industrie eine Skepsis gegenüber dem nun vorliegenden Projekt herrsche und sich die Nutzungsintensität auf staatliche Aktivitäten verschoben habe.

Der sgv sieht im dereinst angebotenen PRS eine militärische Komponente. Dieser beinhalte zusätzlich, auch wenn verharmlosend „sensible Anwendungen für staatlich autorisierte Nutzer“ zugegeben werden, polizeiliche und nachrichtendienstliche Nutzermodi. Sicherheitspolitische und vor allem auch „aussensicherheitspolitische“ Anwendungen seien inzwischen

politisch geforderte Optionen im Galileo Programm. Eine Teilnahme der Schweiz an einem sicherheits- und militärpolitischen Rüstungsprogramm stehe im Widerspruch zur Schweizerischen Neutralitätspolitik.

Der sgV hat seiner Eingabe eine Stellungnahme der „Chambre vaudoise des arts et métiers“ beigefügt. Diese ist deckungsgleich mit der Eingabe des Centre Patronal (2.3.1).

### **2.3.7. Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB)**

Der SGB stimmt dem Kooperationsabkommen zur Teilnahme der Schweiz an den GNSS Programmen und der dadurch bedingten Anpassung des Güterkontrollgesetzes zu.

Er erachtet es als angezeigt, dass sich die Schweiz an den GNSS Programmen beteiligt und sieht darin ein Potential für den Staat und staatsnahe Dienste als Anwender, aber auch für die Industrie und Forschung und als Folge davon für die gesamte Volkswirtschaft.

Der SGB erachtet den für die Teilnahme vorgesehen finanziellen Startbeitrag von rund 100 Mio. Franken und des ab 2014 fälligen Jahresbeitrags von gut 33 Mio. Franken als legitimierte Investition. Nicht einverstanden ist der SGB mit den Vorgaben des Bundesrates, wonach die Beteiligung an den GNSS Programmen haushaltsneutral zu erfolgen hat und deshalb andere Bereiche automatisch zu Sparübungen gezwungen würden.